

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 30/2021

29. Juli 2021

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium des Innern

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuschüssen zur Existenzsicherung von Sportvereinen und Darlehen zur Sicherung der Liquidität für Trägervereine von Sport- und Sportleiterschulen sowie Sportvereinen und deren als juristische Personen des Privatrechts ausgegliederte Spielbetriebsabteilungen (RL Existenzsicherung Sport) vom 13. Juli 2021 ..... 986

### Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Gewährung von Prämien für besondere Leistungen an Beschäftigte (VwV Leistungsprämien) vom 6. Juli 2021 ..... 990

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen für den Landkreis Görlitz und den Landkreis Bautzen Tierseuchenverhütung und -bekämpfung Afrikanische Schweinepest (ASP) Festlegung der Pufferzone (Sperrzone I) und weitere Anordnungen vom 13. Juli 2021 ..... 992

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen für den Landkreis Görlitz und den Landkreis Bautzen Tierseuchenverhütung und -bekämpfung Afrikanische Schweinepest (ASP) Festlegung des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II) und weitere Anordnungen vom 13. Juli 2021 ..... 997

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie und des Staatsbetriebes Sachsenforst über die Termine für die Anmeldung und die Teilnahme an den beruflichen Prüfungen in der Landwirtschaft, im Gartenbau, in der Forstwirtschaft und in der Hauswirtschaft vom 7. Juli 2021 ..... 1003

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Trinkwasserzweckverbandes „Kamenz“ vom 20. April 2021 ..... 1005

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Trinkwasserzweckverbandes „Kamenz“ ..... 1005

# **Sächsisches Staatsministerium des Innern**

## **Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuschüssen zur Existenzsicherung von Sportvereinen und Darlehen zur Sicherung der Liquidität für Trägervereine von Sport- und Sportlerschulen sowie Sportvereinen und deren als juristische Personen des Privatrechts ausgegliederte Spielbetriebsabteilungen (RL Existenzsicherung Sport)**

**Vom 13. Juli 2021**

### **Abschnitt A Allgemeine Zuwendungsbestimmungen**

#### **I. Zuwendungszweck**

Zuwendungszweck ist die Unterstützung von im Landessportbund Sachsen organisierten Vereinen, die aufgrund der zum Infektionsschutz aufgrund der SARS-CoV-2-Virus-Pandemie (COVID-19-Pandemie) getroffenen Maßnahmen mit Einschränkungen konfrontiert sind. Diesen Sportvereinen sollen zur Abmilderung der Folgen im Rahmen einer Soforthilfe Zuwendungen zur Existenzsicherung gewährt werden, um den weiteren Fortbestand der Vereinslandschaft im Bereich Sport zu sichern.

Darüber hinaus soll den Trägervereinen von Sport- und Sportlerschulen, Sportvereinen sowie deren als juristische Personen des Privatrechts ausgegliederte Spielbetriebsabteilungen, die über die Soforthilfe nicht abgedeckte wirtschaftliche Beeinträchtigungen aufgrund der Einschränkungen der zum Infektionsschutz aufgrund der COVID-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen nachweisen können, eine Unterstützung in Form eines zinslosen Darlehens zur Überbrückung entsprechender Engpässe gewährt werden.

#### **II. Rechtsgrundlagen**

Der Freistaat Sachsen gewährt die Zuwendungen dieser Förderrichtlinie auf der Grundlage der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere nach §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung; und der Regelung zur vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der

Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 („Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“) (BAnz AT 31.03.2020 B2), in der jeweils geltenden Fassung.

#### **III. Rechtsanspruch**

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Zuwendungen werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt.

### **Abschnitt B Soforthilfe für Sportvereine**

#### **IV. Gegenstand der Förderung**

Die Soforthilfe soll dem Sportverein zur Existenzsicherung dienen. Der Bedarf ist dabei im Antragsverfahren nachzuweisen.

#### **V. Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger ist der Landessportbund Sachsen (LSB Sachsen). Er leitet diese in privatrechtlicher Form nach Nummer 12.5 und 12.6 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung und unter Berücksichtigung der Bestimmungen in Ziffer VIII an die im LSB Sachsen organisierten Sportvereine als Letztempfänger weiter.

#### **VI. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen**

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Zuschuss gewährt. Die Zuwendung wird durch das Staatsministerium des Innern als Festbetrag im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel festgesetzt. Zuwendungsfähig sind die Ausgaben des LSB Sachsen für die Umsetzung des Förderprogramms.

## VII. Verfahren

1. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen wurden.
2. Abweichend von Nummer 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung wird der förderunschädliche vorzeitige Vorhabensbeginn zugelassen.
3. Bewilligungsbehörde ist das Sächsische Staatsministerium des Innern.
4. Die Auszahlung erfolgt mit Bestandskraft des Zuwendungsbescheides auf Antrag des Zuwendungsempfängers.

## VIII. Weiterleitungsverfahren

1. **Zuwendungsvoraussetzungen**  
Die Zuwendung kann nur unter folgenden Voraussetzungen gewährt werden:
  - a) Der Antragsteller nach Ziffer V war zum 31. Dezember 2020 ordentliches Mitglied im Landessportbund Sachsen.
  - b) Der antragstellende Verein hat seinen coronabedingten existenzbedrohenden Liquiditätsengpass zahlenmäßig schlüssig nachzuweisen. Dazu legt er die dem Antrag beigefügte Finanzierungsübersicht einschließlich Kopien der Kontoauszüge zum 31. Dezember 2020 und zum Zeitpunkt der Antragstellung sowie gegebenenfalls Anträge auf Förderung von beziehungsweise Bewilligungsbescheide für Investitionen vor.
  - c) Im Rahmen der Antragstellung weist der Sportverein nach, dass die Zuwendung zur Deckung der allgemeinen Betriebskosten und/oder unabweisbarer Ausgaben in den nächsten 3 Monaten in dieser Höhe erforderlich ist, weil er selbst nicht über die erforderlichen zweckungebundenen Mittel (Guthaben inklusive Rücklagen) sowie zu erwartenden Einnahmen verfügt. Der Nachweis erfolgt mit Hilfe des formgebundenen Antrages und durch aktuelle Belege (Kontoauszüge et cetera). Finanzielle Rücklagen, die zur Deckung des Eigenmittelanteils einer bereits beantragten beziehungsweise bewilligten Fördermaßnahme gebunden sind, bleiben bei der Ermittlung des Bedarfs von Mitteln zur Existenzsicherung unberücksichtigt.
  - d) Die Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen erfolgt auf der Grundlage des Antragsformulars und den damit verbundenen Eigenerklärungen des Antragstellers.
2. **Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen**
  - a) Die Soforthilfe wird in Form von Zuweisungen als Projektförderung in Form eines Zuschusses gewährt.

- b) Als Finanzierungsart wird dabei eine Festbetragsfinanzierung in Form einer einmaligen Zuwendung je antragstellendem Verein und Kalenderjahr festgelegt.
  - c) Die Höhe der Zuwendung kann dabei im Kalenderjahr pro Antragsteller insgesamt bis zu 10 000 Euro in Höhe des nachgewiesenen Finanzierungsbedarfs betragen. Zuwendungen werden nur bewilligt, wenn der bewilligte Zuwendungsbetrag mindestens 1 000 Euro beträgt. Der Finanzierungsbedarf ist in der Finanzierungsübersicht, die dem Antrag beizufügen ist, mitzuteilen. Das Formular und die Berechnungsvorschriften werden im Einvernehmen mit dem Sächsischen Staatsministerium des Innern erstellt und unter [www.sport-fuer-sachsen.de/soforthilfe](http://www.sport-fuer-sachsen.de/soforthilfe) veröffentlicht.
3. **Verfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen**
    - a) Anträge auf Förderung können beim Landessportbund Sachsen per E-Mail an: [soforthilfe@sport-fuer-sachsen.de](mailto:soforthilfe@sport-fuer-sachsen.de) bis zum 10. Dezember 2021 eingereicht werden. Es sind die offiziellen Formulare des Landessportbundes zu benutzen. Die Soforthilfe-FAQ sind Teil des Förderverfahrens (zum Download unter [www.sport-fuer-sachsen.de/soforthilfe](http://www.sport-fuer-sachsen.de/soforthilfe)) und müssen durch den Antragsteller bestätigt werden.
    - b) Bewilligungszeitraum sind die auf den Zeitpunkt der Antragstellung folgenden drei Monate.
    - c) Es ist der einfache Verwendungsnachweis zugelassen. Es sind die offiziellen Formulare des Landessportbundes zu benutzen.

## Abschnitt C Liquiditätsdarlehen für Trägervereine von Sport- und Sportlerschulen sowie Sportvereine und deren als juristische Personen des Privatrechts ausgegliederte Spielbetriebsabteilungen

## IX. Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist die Unterstützung von Trägervereinen von Sport- und Sportlerschulen sowie Sportvereinen und deren als juristische Personen des Privatrechts ausgegliederte Spielbetriebsabteilungen, die aufgrund der zum Infektionsschutz aufgrund der COVID-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen mit Liquiditätsengpässen konfrontiert sein könnten.

## X. Zuwendungsempfänger

Zuwendungen können erhalten:

1. Trägervereine von Sport- und Sportlerschulen und
2. die im Landessportbund Sachsen organisierten Sportvereine sowie
3. deren als juristische Personen des Privatrechts ausgegliederte Spielbetriebsabteilungen.

## XI. Zuwendungsvoraussetzungen

1. Die Zuwendung kann nur unter den folgenden Voraussetzungen gewährt werden:
  - a) Der Antragsteller war am 31. Dezember 2019 nicht in Schwierigkeiten<sup>1</sup>, auch wenn er danach in Folge der COVID-19-Pandemie in Schwierigkeiten geraten ist.
  - b) Für das laufende Wirtschaftsjahr prognostiziert der Antragsteller aufgrund der Auswirkungen der zum Infektionsschutz aufgrund der COVID-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen einen Umsatzrückgang oder Einnahmehausfälle von mindestens 20 Prozent. Vergleichszeitraum für die Beurteilung des Umsatzrückgangs ist der Umsatz des Jahres 2019.
  - c) Die Rückzahlung des Darlehens muss bei normalem wirtschaftlichen Ablauf innerhalb der Laufzeit des Darlehens zu erwarten sein.
  - d) Das Darlehen darf nicht zur Umschuldung bestehender Betriebsmittelfinanzierungen verwendet werden.
  - e) Die Zuwendung kann für Antragsteller nach Ziffer X Nummer 1 nur unter der Voraussetzung gewährt werden, dass der Antragsteller zum 15. März 2020 bereits Trägerverein einer Sport- und Sportlehrerschule in Sachsen war.
  - f) Die Zuwendung kann für Antragsteller nach Ziffer X Nummer 2 nur unter der Voraussetzung gewährt werden, dass der Antragsteller zum 31. Dezember 2020 ordentliches Mitglied im Landessportbund Sachsen war.
  - g) Die Zuwendung kann für Antragsteller nach Ziffer X Nummer 3 nur unter der Voraussetzung gewährt werden, dass der Antragsteller seinen Sitz und seinen überwiegenden Tätigkeitsbereich im Freistaat Sachsen hat.
2. Die Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen erfolgt auf der Grundlage von Eigenerklärungen des Antragstellers. Der Antragsteller ist verpflichtet, der Sächsischen Aufbaubank (SAB) auf Anforderung – auch nach Bewilligung und Auszahlung des Darlehens – die zur Überprüfung der Zuwendungsvoraussetzungen erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.
3. Ansprüche auf Entschädigungsleistungen nach dem Infektionsschutzgesetz und Versicherungsleistungen sind vorrangig in Anspruch zu nehmen. Sollte während der Laufzeit dieses Programms ein Förderprogramm des Bundes oder der Europäischen Union mit ähnlicher Zielrichtung für die Zuwendungsempfänger in Kraft treten, so sind diese vorrangig in Anspruch zu nehmen. Für den darüberhinausgehenden Liquiditätsbedarf kann eine Zuwendung nach dieser Richtlinie gewährt werden.

<sup>1</sup> Gemäß Artikel 2 Absatz 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des AEUV. Kleine und mittlere Unternehmen im Sinne der KMU-Definition der EU gelten in den ersten drei Jahren ihrer Tätigkeit nicht als Unternehmen in Schwierigkeiten.

## XII. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

1. Die Zuwendung wird als Projektförderung durch ein zinsloses, am Liquiditätsbedarf<sup>2</sup> orientiertes Nachrang-Darlehen bis zu maximal 10 Prozent des Jahresumsatzes des Jahres 2019, jedoch minimal 5 000 Euro und höchstens bis zu 500 000 Euro, gewährt.
2. Das Darlehen ist drei Jahre tilgungsfrei, die Laufzeit des Darlehens beträgt zehn Jahre. Sondertilgungen sind jederzeit möglich. Es werden keine Sicherheiten bestellt.
3. Bei Tilgung des Darlehens in Höhe von 50 Prozent des ursprünglichen Darlehensbetrages innerhalb von fünf Jahren nach Darlehensgewährung kann der restliche Darlehensbetrag (50 Prozent) auf Grundlage einer Einzelfallentscheidung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (§ 59 der Sächsischen Haushaltsordnung) erlassen werden. Ist der Darlehensnehmer wirtschaftlich nicht in der Lage, das Darlehen ab dem 5. Jahr zurückzuführen, kann er beim Sächsischen Staatsministerium des Innern einen Antrag auf anteiligen Erlass der Rückzahlungsverpflichtung stellen (§ 59 der Sächsischen Haushaltsordnung). Die Sätze 1 und 2 finden keine Anwendung bei Antragstellern nach Ziffer X Nummer 3. Ausnahmsweise kann ein anteiliger Erlass für Antragsteller nach dieser Ziffer als Einzelfallentscheidung des Kabinetts gewährt werden.

Im Übrigen bleibt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu § 59 der Sächsischen Haushaltsordnung unberührt.
4. Das Darlehen wird als öffentliches Darlehen aus Mitteln des Freistaates Sachsen direkt von der SAB in privatrechtlicher Form bewilligt und in einer Tranche ausbezahlt.

## XIII. Verfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen

1. Anträge auf Förderung sind bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –, Pirnaische Straße 9, 01069 Dresden, als der zuständigen Bewilligungsstelle einzureichen. Der Antragsteller hat die erforderlichen Eigenerklärungen abzugeben. Die SAB stellt die erforderlichen Formulare bereit ([www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)).
2. Die SAB entscheidet über die Förderfähigkeit und im Rahmen ihres Ermessens über die Höhe des Darlehens.
3. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, auch nach Bewilligung und Auszahlung an der Erfolgskontrolle mitzuwirken.
4. Für die Bewilligung und Auszahlung der Zuwendung gelten die Nummern 1.3, 3.3 Satz 1, 3.5.2; 4.2.1, 4.2.2, 8, 11.1, 14, 15.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung. Die Regelungen der ANBest-P finden keine Anwendung. Dem Zuwendungsempfänger sind jedoch die Pflichten nach Nummer 7 ANBest-P (Anlage 2 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) aufzuerlegen. Es ist der einfache Verwendungsnachweis zugelassen.

<sup>2</sup> Weiterlaufende Betriebsausgaben

XIV.  
**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

1. Die Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuschüssen zur Existenzsicherung von Sportvereinen und Darlehen zur Sicherung der Liquidität für Trägervereine von Sport- und Sportleiterschulen sowie Sportvereinen und deren als juristische Personen des Privatrechts ausgegliederte Spielbetriebsabteilungen vom 21. April 2020 (SächsABl. S. 498), die zuletzt durch die Richtlinie vom 22. Dezember 2020 (SächsABl. 2021 S. 19) geändert worden ist, außer Kraft.
3. Die Laufzeit ist zunächst befristet bis zum 31. Dezember 2021. Eine Verlängerung ist möglich.

Dresden, den 13. Juli 2021

Der Staatsminister des Innern  
Prof. Dr. Roland Wöller

# Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

## Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Gewährung von Prämien für besondere Leistungen an Beschäftigte (VwV Leistungsprämien)

Vom 6. Juli 2021

### I. Geltungsbereich

1. Für eine besondere Leistung kann Beschäftigten des Freistaates Sachsen, die dem Geltungsbereich des
  - Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 12. Oktober 2006, in der jeweils geltenden Fassung,
  - Tarifvertrages für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken (TV-Ärzte) vom 30. Oktober 2006, in der jeweils geltenden Fassung,
  - Tarifvertrages für Ärztinnen und Ärzte an den Sächsischen Krankenhäusern (Fachkrankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie) des Freistaates Sachsen (TV-Ärzte SKH) vom 20. Februar 2007, in der jeweils geltenden Fassung oder
  - Tarifvertrages zur Regelung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in forstwirtschaftlichen Verwaltungen, Einrichtungen und Betrieben der Länder (TV-L-Forst) vom 18. Dezember 2007, in der jeweils geltenden Fassungunterfallen, eine außertarifliche Leistungsprämie gewährt werden.
2. Nummer 1 gilt entsprechend für Beschäftigte, die gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b TV-L vom Geltungsbereich des TV-L ausgenommen sind (außertariflich Beschäftigte), mit Ausnahme von außertariflich Beschäftigten als
  - a) Leiter von Behörden,
  - b) Abteilungsleiter in obersten Dienstbehörden und
  - c) stellvertretende Leiter von Behörden, soweit sie mindestens ein außertarifliches Entgelt in Anlehnung an die Besoldungsgruppe B 4 erhalten.Geschäftsführer und stellvertretende Geschäftsführer von Staatsbetrieben sind Leiter beziehungsweise stellvertretende Leiter einer Behörde im Sinne der Regelung. Für den Fall, dass diese die Geschäftsführung oder Stellvertretung nicht allein wahrnehmen, sondern diese zum Beispiel für die fachlichen und kaufmännischen Bereiche getrennt ist, gilt der Ausschluss auch für die jeweiligen Bereichsleiter.

### II. Bemessung

1. Die Leistungsprämie kann
  - a) bei Beschäftigten nach Abschnitt I Nummer 1 bis zur Höhe der jeweiligen Endstufe der für die/den Beschäftigten jeweils maßgeblichen Entgeltgruppe,
  - b) bei Beschäftigten nach Abschnitt I Nummer 2 bis zum jeweiligen für die/den Beschäftigten maßgeblichen Höchstbetrag der Regelung zur außertar-

riflichen Gestaltung von Arbeitsverhältnissen mit Beschäftigten in Tätigkeiten oberhalb der Entgeltgruppe 15 TV-L gewährt werden.

2. Bemessungsgrundlage im Sinne der Nummer 1 ist die Eingruppierung oder außertarifliche Entgeltvereinbarung im Zeitpunkt der Festsetzung der Leistungsprämie.
3. Die Gewährung der Leistungsprämie soll in engem zeitlichen Zusammenhang mit der besonderen Leistung stehen. In begründeten Einzelfällen ist auch eine Honorierung von länger zurückliegenden Leistungen nicht ausgeschlossen. Die Höhe der Leistungsprämie ist entsprechend dem Grad der erbrachten Leistung zu bemessen.
4. Aufgrund einer Teilzeitbeschäftigung erfolgt keine Kürzung des Höchstbetrages nach Nummer 1.
5. Werden innerhalb eines Jahres an Beschäftigte mehrere Leistungsprämien gewährt, ist die Höchstgrenze pro Leistungsgrund jeweils der Höchstbetrag nach Nummer 1.

### III. Auszahlung

1. Die Leistungsprämie kann als Einmalbetrag oder in höchstens zwölf monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt werden. Die Entscheidung über die Zahlungsweise ist mit der Festsetzung der Leistungsprämie zu treffen. Die Auszahlung erfolgt durch das Landesamt für Steuern und Finanzen mit dem Tarifentgelt zu dessen Zahltag.
2. Sofern bei einer Auszahlung der Leistungsprämie in monatlichen Teilbeträgen kein Anspruch auf Entgelt für einen oder mehrere Monate besteht oder das Arbeitsverhältnis endet, sollen Teilbeträge, die deswegen nicht mehr gewährt werden könnten, in einem Restbetrag zusammengefasst und für den letzten Monat mit Anspruch auf Entgelt ausgezahlt werden. Ein Aufschub soll nicht erfolgen.

### IV. Allgemeines und Verfahren

1. Ein Anspruch auf Gewährung einer Leistungsprämie besteht nicht. Leistungsprämien können nur im Rahmen besonderer haushaltsrechtlicher Regelungen gewährt werden.

2. Leistungsprämien können nicht auf Grund eines Sachverhalts gewährt werden, der einer bereits gewährten außertariflichen Leistungsprämie, der Abgeltung von Überstunden oder Mehrarbeit, der Verkürzung von Stufenaufstiegen, tariflicher Leistungszulagen oder Leistungsprämien, eines erhöhten außertariflichen Entgelts oder einer anderen erfolgsorientierten Leistung des Arbeitgebers zugrunde liegt. Durch eine Übertragung höherwertiger Tätigkeit wird die Vergabe einer Leistungsprämie nicht gehindert. Eine Leistungsprämie kann nicht aufgrund einer Auswahlentscheidung des Arbeitgebers gewährt werden, die bereits Grundlage der Übertragung der höherwertigen Tätigkeit war.
3. Leistungsprämien sind nicht zusatzversorgungspflichtiges Entgelt. Sie bleiben bei der Bemessung von Jahressonderzahlung und Entgeltfortzahlung außer Betracht.
4. Die Entscheidung über die Gewährung einer Leistungsprämie trifft die zuständige oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle. Vor der Gewährung einer Leistungsprämie sollen die Vorgesetzten gehört werden. Die Begründung für die Gewährung einer Leistungsprämie ist aktenkundig zu machen; dabei ist die besondere Leistung im Einzelnen darzustellen. Die Entscheidung ist dem Beschäftigten schriftlich mitzuteilen.

#### V.

#### **Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Diese Verwaltungsvorschrift tritt rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die VwV Leistungsprämien vom 23. Juni 2015 (SächsABl. S. 1011), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 31. Dezember 2019 (SächsABl. S. S 352), außer Kraft.

Dresden, den 6. Juli 2021

Der Staatsminister der Finanzen  
Hartmut Vorjohann

**Landesdirektion Sachsen**  
**Bekanntmachung**  
**der Landesdirektion Sachsen**  
**für den Landkreis Görlitz und den Landkreis Bautzen**  
**Tierseuchenverhütung und -bekämpfung**  
**Afrikanische Schweinepest (ASP)**  
**Festlegung der Pufferzone (Sperrzone I) und weitere Anordnungen**  
**Vom 13. Juli 2021**

Die Landesdirektion Sachsen erlässt folgende

**Allgemeinverfügung**  
**zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)**

Auf Grund der Feststellung des Ausbruches der Afrikanischen Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen im Freistaat Sachsen werden nachstehende Maßnahmen bekannt gegeben und verfügt:

1. Es wird eine **Restriktionszone im Freistaat Sachsen** wie nachfolgend dargestellt festgelegt:  
Als Pufferzone (Sperrzone I) werden die Gebiete/Gebietsteile folgender Gemeinden festgelegt:

**a) Im Landkreis Görlitz:**

- Gemeinde Beiersdorf,
- Gemeinde Bertsdorf-Hörnitz,
- Gemeinde Dürrehennersdorf,
- Gemeinde Großschönau,
- Gemeinde Großschweidnitz,
- Gemeinde Hainewalde,
- Gemeinde Kurort Jonsdorf,
- Gemeinde Kottmar,
- Gemeinde Lawalde,
- Gemeinde Leutersdorf,
- Gemeinde Mittelherwigsdorf,
- Gemeinde Oderwitz,
- Gemeinde Olbersdorf,
- Gemeinde Oppach,
- Gemeinde Oybin,
- Gemeinde Rosenbach, sofern nicht Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Schöna-Berzdorf a. d. Eigen, sofern nicht Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Schönbach,
- Gemeinde Stadt Bernstadt a. d. Eigen, sofern nicht Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Stadt Ebersbach-Neugersdorf,
- Gemeinde Stadt Herrnhut,
- Gemeinde Stadt Löbau, sofern nicht Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Stadt Neusalza-Spremberg,
- Gemeinde Stadt Ostritz, sofern nicht Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Stadt Seifhennersdorf,
- Gemeinde Stadt Zittau.

**b) Im Landkreis Bautzen:**

- Gemeinde Burkau östlich des Verlaufes S 94 und B 98,
- Gemeinde Crostwitz,
- Gemeinde Cunewalde,
- Gemeinde Dömitz-Thumitz,
- Gemeinde Doberschau-Gaußig,
- Gemeinde Elsterheide,

- Gemeinde Göda,
- Gemeinde Großpostwitz/O.L.,
- Gemeinde Hochkirch, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Königswartha, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Kubschütz, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Lohsa, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Nebelschütz östlich des Verlaufes der S 94 in südliche Richtung bis Brücke Prietitzer Straße, Prietitzer Straße nordöstlich bis Lindenstraße, östlich der Lindenstraße bis Abzweig Nr. 25, in westliche Richtung zurück bis S 94, von dort östlich des Verlaufes der S 94 bis zur südlichen Gemeindegrenze,
- Gemeinde Neschwitz, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Neukirch/Lausitz,
- Gemeinde Obergurig,
- Gemeinde Oßling,
- Gemeinde Panschwitz-Kuckau östlich der S 94,
- Gemeinde Puschwitz,
- Gemeinde Räckelwitz,
- Gemeinde Radibor, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Ralbitz-Rosenthal,
- Gemeinde Rammenau östlich der B 98,
- Gemeinde Schmölln-Putzkau östlich des Verlaufes der B 98 bis Abzweig S 156, östlich des Verlaufes der S 156 bis Kreisgrenze,
- Gemeinde Sohland a. d. Spree,
- Gemeinde Spreetal, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Stadt Bautzen, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Stadt Bernsdorf südlich der Landesgrenze Brandenburg-Sachsen und östlich entlang des Verlaufes der Bahnlinie DB6194 „Hosena – Kamenz (Sachs)“ bis Bahnabzweig im Süden des Ortsteils Strassgräbchen der Stadt Bernsdorf bis zum Bahnübergang S 94, ab Bahnübergang östlich des Verlaufes der S 94 bis zur südlichen Gemeindegrenze,
- Gemeinde Stadt Bischhofsverda östlich der B 98,
- Gemeinde Stadt Elstra östlich der S 94,
- Gemeinde Stadt Hoyerswerda, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Stadt Kamenz östlich der S 94,
- Gemeinde Stadt Lauta,
- Gemeinde Stadt Schirgiswalde-Kirschau,
- Gemeinde Stadt Wilthen,

- Gemeinde Stadt Wittichenau, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Steinigtwolmsdorf.

Die Pufferzone (Sperrzone I) ist in dem folgenden Kartenausschnitt gemäß Legende mit folgenden Grenzen (äußere Linie, grau ausgefüllt) dargestellt:



Die kartografische Darstellung des oben genannten Gebietes ist unter

<https://geoviewer.sachsen.de/?map=828bc6da-24fb-40c0-b577-1762d6e68c8c> einsehbar.<sup>1</sup>

## 2. Anordnungen an die Jagdausübungsberechtigten und andere Jäger:

- Die Jagd auf alle Arten von Wild darf mit folgenden Einschränkungen erfolgen: Der Einsatz von Jagdhunden zum Stöbern sowie von Jagdhelfern (Treibern) zur aktiven Beunruhigung des Wildes wird bis auf Widerruf untersagt.  
Die Landesdirektion Sachsen kann auf Antrag Ausnahmen von diesen Einschränkungen genehmigen und diesbezüglich Auflagen erteilen. Anträge können schriftlich über das örtlich zuständige Landratsamt gestellt werden, welches die Anträge mit einer Stellungnahme des Landkreises weiterleitet.
- Hinsichtlich der Kennzeichnung, Probennahme und der Beseitigung von Aufbruch und Schwarte von **gesund erlegten Wildschweinen** gilt die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020, Az.: 25-5133/32/66 zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten<sup>2</sup>. Dies umfasst auch die dort jeweils geregelte Aufwandsentschädigung für die Jagdausübungsberechtigten.
- Das Verbringen von lebenden Wildschweinen, in der Pufferzone (Sperrzone I) erlegten Wildschweinen beziehungsweise von frischem Wildschweinefleisch und Wildschweinefleischerzeugnissen und

sonstigen Neben- und Folgeprodukten innerhalb und aus der Pufferzone (Sperrzone I) ist verboten. Nicht verboten wird das Verbringen vom Erlegungsort zur Entsorgung an einen vom örtlich zuständigen Landratsamt bestimmten Kadaversammelpunkt oder direkt in eine Wildkammer, die innerhalb der Pufferzone (Sperrzone I) liegt.

Das örtlich zuständige Landratsamt kann nach Maßgabe des Artikel 49 Ziffer 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 Ausnahmen für das Verbringen von frischem Wildschweinefleisch und Wildschweinefleischerzeugnissen, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind innerhalb und aus der Pufferzone (Sperrzone I) in das sonstige Inland genehmigen.

Das örtlich zuständige Landratsamt kann nach Maßgabe des Artikel 48 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 Ausnahmen für das Verbringen von verarbeiteten Wildschweinefleischerzeugnissen innerhalb und aus der Pufferzone (Sperrzone I) genehmigen, sofern diese in einem behördlich zugelassenen Betrieb erzeugt, verarbeitet und gelagert und einer relevanten risikominimierenden Behandlung für Erzeugnisse tierischen Ursprungs aus Sperrzonen gemäß Anhang VII der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest unterzogen wurden.

- Hinsichtlich des Umgangs mit **krank erlegten Wildschweinen**, konkret der Kennzeichnung, der Probennahme sowie der Entsorgung des Tierkörpers, gilt die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020, Az.: 25-5133/32/66 zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten.<sup>2</sup> Dies umfasst auch die dort jeweils geregelte Aufwandsentschädigung für die Jagdausübungsberechtigten.
- Aufgrund der in der Pufferzone (Sperrzone I) erforderlichen Suche nach verendeten Wildschweinen (**verstärkte Fallwildsuche**), die durch das örtlich zuständige Landratsamt koordiniert wird, wird angeordnet:
  - Der Jagdausübungsberechtigte, dem im Rahmen seiner Hegepflicht die Fallwildsuche obliegt, hat im Rahmen seiner örtlichen Zuständigkeit an der Fallwildsuche mitzuwirken. Er kann diese Pflicht an andere Jäger übertragen.
  - Wird die verstärkte Fallwildsuche durch andere vom örtlich zuständigen Landratsamt benannte Personen durchgeführt, haben die Jagdausübungsberechtigten diese in ihrem Revier zu dulden.
- Hinsichtlich des Umgangs mit **verendet aufgefundenen Wildschweinen** (Fall- und Unfallwild), konkret der Anzeige, der Kennzeichnung, der Probennahme sowie der Entsorgung der Kadaver, gilt die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020, Az.: 25-5133/32/66 zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten.<sup>2</sup> Dies umfasst auch die dort jeweils geregelte Aufwandsentschädigung für die Jagdausübungsberechtigten.
- Hunde und Gegenstände, bei der Jagd oder der Fallwildsuche verwendet werden, sind, soweit sie mit Wildschweinen oder Teilen von Wildschweinen in Berührung gekommen sind, durch ihre Halter beziehungsweise durch die Jagdausübungsberechtigten zu reinigen und zu desinfizieren.

<sup>1</sup> Quelle: GeoSN, dl-de/by-2-0

<sup>2</sup> [https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=16997&art\\_param=810](https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=16997&art_param=810)

**3. Vorgaben für die Schweinehalter in der Pufferzone (Sperrzone I):**

- a) Halter von Schweinen haben dem örtlich zuständigen Landratsamt unverzüglich die Anzahl der gehaltenen Schweine unter Angabe ihrer Nutzungsart und ihres Standorts, sowie verendete oder erkrankte, insbesondere fieberhaft erkrankte Schweine anzuzeigen.
- b) Gehaltene Schweine sind so abzusondern, dass sie nicht mit Wildschweinen in Berührung kommen können.
- c) Es sind geeignete Desinfektionsmöglichkeiten an den Ein- und Ausgängen der Ställe oder sonstigen Standorten einzurichten.
- d) Verendete, erkrankte und insbesondere fieberhaft erkrankte Schweine, bei denen der Verdacht auf Afrikanische Schweinepest nicht ausgeschlossen werden kann, sind nach näherer Anweisung des zuständigen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämtes virologisch auf Afrikanische Schweinepest zu untersuchen.
- e) Futter, Einstreu und sonstige Gegenstände, mit denen Schweine in Berührung kommen können, sind durch den Halter so aufzubewahren, dass sie für Wildschweine unzugänglich sind.
- f) Wer einen Hund auf dem Betriebsgelände eines Schweinebestandes hält, hat sicherzustellen, dass der Hund das Betriebsgelände nur unter Aufsicht verlässt.
- g) Schweine dürfen auf öffentlichen oder privaten Straßen oder Wegen nicht getrieben werden, ausgenommen hiervon sind betriebliche Wege.
- h) Erlegte oder verendet aufgefundene Wildschweine oder deren Teile sowie Gegenstände, mit denen Wildschweine in Berührung gekommen sein können, dürfen nicht in einen Hausschwein haltenden Betrieb verbracht werden.
- i) Schweine, die in einem in der Pufferzone (Sperrzone I) gelegenen Betrieb gehalten werden, dürfen
  - aus dieser Zone **innerhalb der Bundesrepublik Deutschland** genehmigungsfrei verbracht werden,
  - aus dieser Zone in das **Ausland** nur mit Genehmigung des örtlich zuständigen Landratsamtes nach den Vorgaben der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 verbracht werden.

**4. Anordnungen an die Allgemeinheit in der Pufferzone (Sperrzone I):**

- a) Personen, die mit Wildschweinen in Berührung gekommen sind, haben Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen nach näherer Anweisung des örtlich zuständigen Landratsamtes durchzuführen. Entsprechendes gilt für Hunde, die mit Wildschweinen oder Teilen davon in Berührung gekommen sind.
  - b) Veranstaltungen mit Schweinen sind untersagt (zum Beispiel Messen, Versteigerungen und so weiter).
  - c) Die Errichtung von Absperrungen mit einem wildschweinsicheren Zaun ist zu dulden.
5. Die sofortige Vollziehung der Ziffern 1 bis 4 dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet, sofern die sofortige Vollziehung nicht bereits gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 3

der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 37 des Tiergesundheitsgesetzes kraft Gesetzes gilt.

6. Die Überwachung der Maßnahmen obliegt dem örtlich zuständigen Landratsamt im Rahmen seiner örtlichen Zuständigkeit.
7. Diese Allgemeinverfügung wird als Notbekanntmachung auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> verkündet und tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Der vollständige Inhalt der Allgemeinverfügung kann neben der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> auch zu den Geschäftszeiten in der Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz eingesehen werden.
8. Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben.
9. Die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 11. März 2021, Az.: 25-5133/125/32, (Erweiterung der Pufferzone und weitere Anordnungen) wird aufgehoben.

**Hinweise:**

In der unter Ziffer 1 festgelegten **Pufferzone (Sperrzone I)** sind die in der Anlage: „Bestehende Schutzmaßnahmen in der Pufferzone (Sperrzone I) aufgrund des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen im Freistaat Sachsen. Stand 13.07.2021“ dargestellten Vorgaben zu beachten.

Im Einzelfall und beim Vorliegen der in der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 näher bezeichneten Voraussetzungen kann das örtlich zuständige Landratsamt Ausnahmen genehmigen bezüglich

- des Verbringens lebender Schweine,
- des Verbringens von Wildschweinefleisch und Wildschweinefleischerzeugnissen.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.lids.sachsen.de/kontakt](http://www.lids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.

Dresden, den 13. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen  
Dr. Jens Achterberg  
Referatsleiter

**Anlage:**

## **Bestehende Schutzmaßnahmen in der Pufferzone (Sperrzone I) aufgrund des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen im Freistaat Sachsen. Stand 13. Juli 2021**

Wesentliche rechtliche Vorgaben für die Pufferzone (Sperrzone I) ergeben sich aus der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 (Art. 9ff.) und der Schweinepest-Verordnung:

### **I. Regeln für Schweinehalter**

1. Halter von Schweinen in der Pufferzone (Sperrzone I) haben dem zuständigen Landratsamt unverzüglich die Anzahl der gehaltenen Schweine unter Angabe ihrer Nutzungsart und ihres Standorts, sowie verendete oder erkrankte, insbesondere fieberhaft erkrankte Schweine anzeigen.
2. In der Pufferzone (Sperrzone I) sind Auslauf- und Freilandhaltung von Schweinen erlaubt (beachte jedoch Ziffern 3 und 4).
3. In der Pufferzone (Sperrzone I) gehaltene Schweine sind so abzusondern, dass sie nicht mit Wildschweinen in Berührung kommen können.
4. Halter von Schweinen in der Pufferzone (Sperrzone I) haben geeignete Desinfektionsmöglichkeiten an den Ein- und Ausgängen der Ställe oder sonstigen Standorten einzurichten.
5. Verendete und erkrankte, insbesondere fieberhaft erkrankte Schweine, bei denen der Verdacht auf Afrikanische Schweinepest nicht ausgeschlossen werden kann, sind nach näherer Anweisung des Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramtes virologisch und gegebenenfalls serologisch auf Afrikanische Schweinepest zu untersuchen.
6. Futter, Einstreu und sonstige Gegenstände, mit denen Schweine in Berührung kommen können, sind durch den Halter für Wildschweine unzugänglich aufzubewahren.
7. Der Halter eines Hundes, der auf dem Betriebsgelände eines schweinehaltenden Betriebes gehalten wird, hat sicherzustellen, dass der Hund das Betriebsgelände nur unter Aufsicht verlässt.
8. Schweine dürfen auf öffentlichen oder privaten Straßen oder Wegen nicht getrieben werden, ausgenommen hiervon sind betrieblichen Wege.
9. Erlegte oder verendet aufgefundene Wildschweine oder deren Teile sowie Gegenstände, mit denen Wildschweine in Berührung gekommen sein können, dürfen nicht in einen schweinehaltenden Betrieb verbracht werden.
10. Schweine, die in einem Betrieb gehalten werden, der in der Pufferzone (Sperrzone I) gelegen ist, dürfen
  - aus dieser Zone **innerhalb** der Bundesrepublik Deutschland **genehmigungsfrei** verbracht werden,
  - aus dieser Zone **in das Ausland nur mit Genehmigung** des örtlich zuständigen Landratsamtes nach den Vorgaben der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 verbracht werden.

11. Das Verbringen von frischem Fleisch, Fleischerzeugnissen und tierischen Nebenprodukten von gehaltenen Schweinen aus der Pufferzone (Sperrzone I), ist ohne Einschränkungen gestattet.

Empfehlungen zur Sicherung des Betriebes können zum Beispiel der Checkliste des Friedrich-Loeffler-Instituts zur Vermeidung der Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Schweine haltende Betriebe entnommen werden:

[https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar\\_derivate\\_00014697/Checkliste-ASP-2018-07-20.pdf](https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar_derivate_00014697/Checkliste-ASP-2018-07-20.pdf)

Hinweise des Friedrich-Loeffler-Instituts zur ASP-Früherkennung:

[https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar\\_derivate\\_00016548/ASP\\_Bilder\\_Hausschwein-K.pdf](https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar_derivate_00016548/ASP_Bilder_Hausschwein-K.pdf)

### **II. Regeln für Jagdausübungsberechtigte**

1. Die Jagd auf **Wild (einschließlich Schwarzwild)** darf wie folgt stattfinden:
  - Die Ausübung der Jagd unter Einsatz von Jagdhunden zum Stöbern sowie von Jagdhelfern (Treibern) zur aktiven Beunruhigung des Wildes ist untersagt. Die Landesdirektion Sachsen kann auf Antrag Ausnahmen von dieser Einschränkung genehmigen und diesbezüglich Auflagen erteilen. Der Antrag ist beim zuständigen Landratsamt einzureichen, welches ihn mit einer Stellungnahme an die Landesdirektion Sachsen weiterleitet.
  - Die Einzeljagd, gemeinschaftliches Jagen ohne Jagdhunde- und Treibereinsatz (Gemeinschaftsansitze), die Fangjagd sowie Nachsuchearbeit mit Jagdhunden sind erlaubt.
2. Lebende Wildschweine dürfen nicht aus der Pufferzone (Sperrzone I) verbracht werden.
3. Für jedes **gesund erlegte Wildschwein** gilt:
  - Es ist unverzüglich unter Angabe des Erlegungsortes beim zuständigen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt anzuzeigen.
  - Es ist unverzüglich nach näherer Anweisung des Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramtes zu kennzeichnen.
  - Es sind nach Anweisung des Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramtes Blutproben für die Untersuchung auf ASP zu nehmen und ein vom Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt vorgegebener Begleitschein auszustellen. Die Proben sind dem Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt übergeben. Der Begleitschein soll die Koordinaten des Erlegungsortes enthalten.
  - Für die Erfüllung der Pflichten zur Kennzeichnung, Probeentnahme, Ausfüllen eines Begleitscheines und Probenübergabe wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 10,00 Euro je männlichem

Wildschwein und 50,00 Euro je weiblichem Wildschwein gewährt. Der Antrag ist beim jeweils örtlich zuständigen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt zu stellen. Die Aufwandsentschädigung wird nur einmal pro Wildschwein gezahlt.

- Aufbruch und Schwarte sind nach näherer Anweisung des Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt über den Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen unschädlich zu beseitigen.

4. **Erlegte Wildschweine, frisches Wildschweinefleisch und Wildschweinefleischerzeugnisse**, die Wildschweinefleisch von in der Pufferzone (Sperrzone I) erlegten Tieren enthalten, dürfen nicht innerhalb oder aus der Pufferzone (Sperrzone I) verbracht werden. Mögliche Ausnahmen für das Verbringen innerhalb der Sperrzone I oder innerhalb Deutschlands sind beim Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt des zuständigen Landratsamtes zu beantragen. Die jeweiligen Voraussetzungen ergeben sich aus den Artikel 48 und 49 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605. Bei dem in Artikel 48 und 49 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 vorgegebenen Erreger-Identifizierungstest handelt es sich um die Untersuchung der vom Jagdausübungsberechtigten eingesandten Probe des erlegten Wildschweines durch die Landesuntersuchungsanstalt. Die Untersuchung ist kostenfrei. Das örtlich zuständige Landratsamt wird über das Ergebnis der Untersuchung informiert und entscheidet dann über den vom Jagdausübungsberechtigten gestellten Antrag.

5. Für jedes **verendet aufgefundene Wildschwein (Fall- und Unfallwild)** sowie jedes **krank erlegte Wildschwein** gilt:
- Es ist unverzüglich unter Angabe des Fund- beziehungsweise Erlegungsortes beim Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt anzuzeigen.
  - Die Jagdausübungsberechtigten haben nach ihren Möglichkeiten bei der Kennzeichnung, der Entnahme von Proben zur Untersuchung auf ASP sowie bei der Bergung und Beseitigung des Tierkörpers nach näherer Anweisung des Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramtes mitzuwirken oder die Durchführung dieser Maßnahmen zu dulden.
  - Für Anzeige wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 Euro je Wildschwein gewährt. Darüber hinaus wird für die Mitwirkung bei der Bergung und Beseitigung eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 Euro je Wildschwein gewährt. Han-

delt es sich bei einem krank erlegten Stück um ein weibliches Wildschwein, wird eine zusätzliche Aufwandsentschädigung von 40,00 Euro gewährt. Der Antrag ist beim Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt zu stellen. Die Aufwandsentschädigung wird nur einmal pro Wildschwein gezahlt

6. Die **Fallwildsuche** in der Pufferzone (Sperrzone I) wird fortgeführt. Die Koordination dieser Maßnahme obliegt dem örtlich zuständigen Landratsamt. Die Jagdausübungsberechtigten haben im Rahmen ihrer örtlichen Zuständigkeit mitzuwirken. Dies betrifft die eigenverantwortliche, intensive Suche nach verendeten Wildschweinen im eigenen Revier (verstärkte Fallwildsuche) und die Mitwirkung bei vom örtlich zuständigen Landratsamt organisierten Suchaktionen im Rahmen der Möglichkeiten der Jagdausübungsberechtigten. Werden bei der Fallwildsuche vom örtlich zuständigen Landratsamt benannte Personen eingesetzt, haben die Jagdausübungsberechtigten diese in ihrem Revier zu dulden.
7. Jagdausübungsberechtigte haben Hunde und Gegenstände, die bei der Jagd oder bei der Fallwildsuche verwendet werden, soweit sie mit Wildschweinen oder Teilen von Wildschweinen in Berührung gekommen sind nach näherer Anweisung des Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramtes zu reinigen und zu desinfizieren.

### III. Regeln für die Allgemeinheit:

1. Personen, die mit Wildschweinen in Berührung gekommen sind, haben Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen nach näherer Anweisung des örtlich zuständigen Landratsamtes durchzuführen. Entsprechendes gilt für Hunde, die mit Wildschweinen oder Teilen davon in Berührung gekommen sind.
2. Veranstaltungen mit Schweinen sind untersagt (zum Beispiel Messen, Versteigerungen und so weiter).
3. Die Errichtung von Absperrungen mit einem wildschweinsicheren Zaun ist zu dulden.

Funktion dieses Merkblattes ist es, die wesentlichen Vorgaben übersichtlich und zusammengefasst darzustellen. Rechtsverbindlich sind ausschließlich die gesetzlichen Regelungen, die Allgemeinverfügungen der Landesdirektion Sachsen sowie die amtlichen Anordnungen der zuständigen Landratsämter.

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
für den Landkreis Görlitz und den Landkreis Bautzen**

**Tierseuchenverhütung und -bekämpfung  
Afrikanische Schweinepest (ASP)  
Festlegung des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II)  
und weitere Anordnungen**

**Vom 13. Juli 2021**

Die Landesdirektion Sachsen erlässt folgende

**Allgemeinverfügung  
zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)**

Auf Grund der Feststellung des Ausbruches der Afrikanischen Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen im Freistaat Sachsen werden nachstehende Maßnahmen bekannt gegeben und verfügt:

1. Es wird eine **Restriktionszone im Freistaat Sachsen** wie nachfolgend dargestellt festgelegt:  
Das Gebiet um die im Freistaat Sachsen festgestellten ASP-Ausbrüche bei Wildschweinen wird als **gefährdetes Gebiet (Sperrzone II)** festgelegt. Das gefährdete Gebiet umfasst folgende Gemeinden bzw. Teile von Gemeinden in den Landkreisen Görlitz und Bautzen und ist in dem folgenden Kartenausschnitt als schraffierter Bereich mit folgenden Grenzen dargestellt:

**a) im Landkreis Görlitz:**

- Gemeinde Boxberg/O.L.,
- Gemeinde Gablenz,
- Gemeinde Groß Düben,
- Gemeinde Hähnichen,
- Gemeinde Hohendubrau,
- Gemeinde Horka,
- Gemeinde Kodersdorf,
- Gemeinde Königshain,
- Gemeinde Krauschwitz i.d. O.L.,
- Gemeinde Kreba-Neudorf,
- Gemeinde Markersdorf,
- Gemeinde Mücka,
- Gemeinde Neißeau,
- Gemeinde Quitzdorf am See,
- Gemeinde Rietschen,
- Gemeinde Rosenbach nördlich der S 129,
- Gemeinde Schleife,
- Gemeinde Schöna-Berzdorf a. d. Eigen nördlich der S 129,

- Gemeinde Schöpstal,
- Gemeinde Stadt Bad Muskau,
- Gemeinde Stadt Bernstadt a. d. Eigen nördlich der S 129,
- Gemeinde Stadt Görlitz,
- Gemeinde Stadt Löbau nördlich der B 6 von der Kreisgrenze Bautzen bis zum Abzweig der S 129, auf der S 129 bis Gemeindegrenze,
- Gemeinde Stadt Niesky,
- Gemeinde Stadt Ostritz nördlich der S 129 und K 8616,
- Gemeinde Stadt Reichenbach/O.L.,
- Gemeinde Stadt Rothenburg/O.L.,
- Gemeinde Stadt Weißwasser/O.L.,
- Gemeinde Trebendorf,
- Gemeinde Vierkirchen,
- Gemeinde Waldhufen,
- Gemeinde Weißkeißel.

**b) im Landkreis Bautzen:**

- Gemeinde Großdubrau,
- Gemeinde Hochkirch nördlich der B 6,
- Gemeinde Königswartha östlich der B 96,
- Gemeinde Kubschütz nördlich der B 6,
- Gemeinde Lohsa östlich der B 96,
- Gemeinde Malschwitz,
- Gemeinde Neschwitz östlich der B 96,
- Gemeinde Radibor östlich der B 96,
- Gemeinde Spreetal östlich der B 97,
- Gemeinde Stadt Bautzen östlich des Verlaufs der B 96 bis Abzweig S 156 und nördlich des Verlaufs S 156 bis Abzweig B 6 und nördlich des Verlaufs der B 6 bis zur östlichen Gemeindegrenze,
- Gemeinde Stadt Hoyerswerda südlich des Verlaufs der B 97 bis Abzweig B 96 und östlich des Verlaufs der B 96 bis zur südlichen Gemeindegrenze,
- Gemeinde Stadt Weißenberg,
- Gemeinde Stadt Wittichenau östlich der B 96.



Die kartografische Darstellung des oben genannten Gebietes ist unter <https://geoviewer.sachsen.de/?map=828bc6da-24fb-40c0-b577-1762d6e69c8c> einsehbar.<sup>1</sup>

## 2. Anordnungen an die Jagdausübungsberechtigten und andere Jäger:

- a) Die Jagd auf alle Arten von Wild, auch auf Wildschweine, ist im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) mit folgenden Einschränkungen gestattet: Der Einsatz von Jagdhunden zum Stöbern sowie von Jagdhelfern (Treibern) zur aktiven Beunruhigung des Wildes wird bis auf Widerruf untersagt. Die Landesdirektion Sachsen kann auf Antrag Ausnahmen von diesen Einschränkungen genehmigen und diesbezüglich Auflagen erteilen. Anträge können schriftlich über das örtlich zuständige Landratsamt gestellt werden, welches die Anträge mit einer Stellungnahme des Landkreises weiterleitet.
- b) Es wird die verstärkte Bejagung von Wildschweinen im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) angeordnet. Die Jagdausübungsberechtigten sind in ihrem jeweiligen Revier zur Mitwirkung verpflichtet. Der damit verbundene Mehraufwand gilt als durch den Aufwandsersatz nach Ziffer 2 Buchstaben d) bis f) abgegolten. Ist die verstärkte Bejagung durch den Jagdausübungsberechtigten in seinem Revier nicht hinreichend sichergestellt, kann die Landesdirektion Sachsen die Bejagung durch andere Personen vorsehen lassen. In diesem Fall ist der Jagdausübungsberechtigte verpflichtet, die Bejagung durch diese Personen zu dulden und die erforderliche Hilfe zu leisten.
- c) Das Verbringen von lebenden Wildschweinen, im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) erlegten Wildschweinen beziehungsweise von frischem Wildschweinefleisch, Wildschweinefleischerzeug-

nissen und sonstigen Neben- und Folgeprodukten innerhalb und aus dem gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) heraus ist verboten.

Nicht verboten wird das Verbringen vom Erlegungs-ort zur Entsorgung an einen vom örtlich zuständigen Landratsamt bestimmten Kadaversammelpunkt oder direkt in eine Wildkammer, die innerhalb des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II) liegt.

Das örtlich zuständige Landratsamt kann nach Maßgabe des Artikel 49 Ziffer 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 Ausnahmen genehmigen für das Verbringen von frischem Wildschweinefleisch und Wildschweinefleischerzeugnissen, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind innerhalb des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II). Das örtlich zuständige Landratsamt kann nach Maßgabe des Artikel 48 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 Ausnahmen für das Verbringen von verarbeiteten Wildschweinefleischerzeugnissen aus dem gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) genehmigen, sofern diese in einem behördlich zugelassenen Betrieb erzeugt, verarbeitet und gelagert und einer relevanten risikomindernden Behandlung für Erzeugnisse tierischen Ursprungs aus Sperrzonen gemäß Anhang VII der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest unterzogen wurden.

- d) Hinsichtlich der Anzeigepflicht, Kennzeichnung, Probennahme und der Beseitigung von Aufbruch und Schwarte von **gesund erlegten Wildschweinen** gilt die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020, Az.: 25-5133/32/66 zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten<sup>2</sup>. Dies umfasst auch die dort unter Ziffer 7 geregelte Aufwandsentschädigung für die Jagdausübungsberechtigten.
- e) Jagdausübungsberechtigte, die auf die Anelgnung des Wildbrets von **gesund erlegten Wildschweinen** verzichten, haben den Tierkörper nach näherer Anweisung des örtlich zuständigen Landratsamtes über den Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen unschädlich beseitigen zu lassen. In diesem Fall beträgt die Aufwandsentschädigung für die Anzeige, Probennahme und Entsorgung 150,00 Euro je Wildschwein. Die Aufwandsentschädigungen gemäß Ziffer 7 der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020, Az.: 25-5133/32/66 ist hiervon bereits umfasst.
- f) Hinsichtlich des Umgangs mit **krank erlegten Wildschweinen**, konkret der Kennzeichnung, der Probennahme sowie der Entsorgung des Tierkörpers, gelten die Ziffern 1 und 2 der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020, Az.: 25-5133/32/66 zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten.<sup>2</sup> Abweichend von Ziffer 3 der vorstehende Allgemeinverfügung beträgt die Aufwandsentschädigung für die Jagdausübungsberechtigten für die Anzeige, Probennahme und Entsorgung 150,00 Euro je Wildschwein.
- g) Aufgrund der im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) erforderlichen Suche nach verendeten Wildschweinen (**verstärkte Fallwildsuche**), die durch das örtlich zuständige Landratsamt koordiniert wird, wird angeordnet:

<sup>1</sup> Quelle: GeoSN, dl-de/by-2-0

<sup>2</sup> <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=16997&artparam=810>

- (i) Der Jagdausübungsberechtigte, dem im Rahmen seiner Hegepflicht die Fallwildsuche obliegt, hat im Rahmen seiner örtlichen Zuständigkeit an der Fallwildsuche mitzuwirken. Er kann diese Pflicht an andere Jäger übertragen.
  - (ii) Wird die verstärkte Fallwildsuche durch andere vom örtlich zuständigen Landratsamt benannte Personen durchgeführt, haben die Jagdausübungsberechtigten diese in ihrem Revier zu dulden.
- h) Jedes verendet aufgefundene Wildschwein ist unter Angabe des Fundortes dem örtlich zuständigen Landratsamt anzuzeigen (**Anzeigegehepflicht von Fallwild**). Hinsichtlich des Umgangs mit verendet aufgefundenen Wildschweinen, konkret der Anzeige, der Kennzeichnung, der Probennahme sowie der Entsorgung der Kadaver, gilt die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020, Az.: 25-5133/32/66 zur Anzeigegehepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten. Dies umfasst auch die dort unter Ziffer 3 geregelte Aufwandsentschädigung.
- i) Die Landesdirektion Sachsen kann über die Jagd hinausgehende Maßnahmen in Bezug auf die Tötung von Wildschweinen („Entnahme“) anordnen, die sich im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) befinden. In diesem Fall sind die Jagdausübungsberechtigten in ihrem jeweiligen Revier zur Mitwirkung verpflichtet.
- j) Hunde und Gegenstände, bei der Jagd oder der Fallwildsuche verwendet werden, sind, soweit sie mit Wildschweinen oder Teilen von Wildschweinen in Berührung gekommen sind, durch ihre Halter beziehungsweise durch die Jagdausübungsberechtigten zu reinigen und zu desinfizieren.
- 3. Vorgaben für die Schweinehalter:**
- a) Im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) sind Auslauf und Freilandhaltung von Schweinen verboten.
  - b) Das Verbringen von Schweinen aus einem Betrieb im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) außerhalb dieser Zone ist verboten. Das örtlich zuständige Landratsamt kann nach den Vorgaben der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 Ausnahmen für das Verbringen genehmigen.
  - c) Frisches Schweinefleisch oder Schweinefleischerzeugnisse, einschließlich Tierdarmhüllen, sowie tierische Nebenprodukte und Folgeprodukte, die von Schweinen gewonnen worden sind, die in einem Betrieb gehalten worden sind, der im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) gelegen ist, dürfen nicht aus der Sperrzone II verbracht oder ausgeführt werden. Das örtlich zuständige Landratsamt kann nach den Vorgaben der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 Ausnahmen für das Verbringen genehmigen.
  - d) Das Verbringen von Sperma, Eizellen und Embryonen (Zuchtmaterial) von Schweinen die in einem Betrieb gehalten worden sind, der im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) gelegen ist, aus dem gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) ist verboten. Das örtlich zuständige Landratsamt kann nach den Vorgaben der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 Ausnahmen für das Verbringen genehmigen.
- 4. Anordnungen an die Allgemeinheit:**
- a) Hinsichtlich der Nutzung land- und forstwirtschaftlicher Flächen im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) bestehen zurzeit keine Einschränkungen. Erforderlichenfalls wird durch die Landesdirektion Sachsen im Einzelfall beziehungsweise per Allgemeinverfügung über die Anordnung von Auflagen oder Beschränkungen entschieden.
  - b) Jede Person ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihrer Aufsicht unterstehende Hunde im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) nicht frei herumlaufen (Leinenzwang).
  - c) Veranstaltungen mit Schweinen sind im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) untersagt (zum Beispiel Messen, Versteigerungen und so weiter).
  - d) Die Errichtung von Absperrungen im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) mit einer wildschweinsicheren Umzäunung ist zu dulden.
5. Die sofortige Vollziehung der Ziffern 1 bis 4 dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet, sofern die sofortige Vollziehung nicht bereits kraft Gesetzes, gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 3 der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 37 des Tiergesundheitgesetzes, gilt.
6. Die Überwachung der Maßnahmen obliegt den Landkreisen im Rahmen ihrer örtlichen Zuständigkeit.
7. Diese Allgemeinverfügung wird als Notbekanntmachung auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> verkündet und tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Der vollständige Inhalt der Allgemeinverfügung kann neben der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> auch zu den Geschäftszeiten in der Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz eingesehen werden.
8. Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben.
9. Die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 11. März 2021, Az.: 25-5133/125/33, (Festlegung eines gefährdeten Gebietes mit weiteren Anordnungen Tierseuchenverhütung und -bekämpfung Afrikanische Schweinepest) wird aufgehoben.
- Hinweise:**
- Im unter Ziffer 1 festgelegten gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) sind die in der Anlage: „Bestehende Schutzmaßnahmen im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) aufgrund des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen im Freistaat Sachsen. Stand: 13. Juli 2021“ dargestellten Vorgaben zu beachten. Dabei handelt es sich um die wesentlichen Pflichten der Schweinehalter und Jagdausübungsberechtigten sowie Verbote, die sich unmittelbar aus der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687, der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 und der Schweinepest-Verordnung ergeben.
- Im Einzelfall und beim Vorliegen der in der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 näher bezeichneten Voraussetzungen können die zuständigen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter Ausnahmen genehmigen bezüglich:
- des Verbringens lebender Schweine,
  - des Verbringens von frischem Schweinefleisch und Schweinefleischerzeugnissen,
  - des Verbringens von Sperma, Eizellen und Embryonen,

- des Verbringens von tierischen Nebenprodukten von Schweinen,
- des Verbringens von Wildschweinefleischerzeugnissen.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dres-

den, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.lids.sachsen.de/kontakt](http://www.lids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.

Dresden, den 13. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen  
Dr. Jens Achterberg  
Referatsleiter

**Anlage:**

**Bestehende Schutzmaßnahmen im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II)  
aufgrund des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest  
bei Wildschweinen im Freistaat Sachsen. Stand: 13. Juli 2021**

Wesentliche rechtliche Vorgaben für die Sperrzone II folgen aus den der Verordnung (EU) 2016/429, der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687, der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 (Art. 9 ff.) und der Schweinepest-Verordnung:

**I. Regeln für Schweinehalter**

1. Schweinehalter im gefährdeten Gebiet haben dem zuständigen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt unverzüglich die Anzahl der gehaltenen Schweine unter Angabe ihrer Nutzungsart und ihres Standorts sowie die Anzahl der verwendeten oder erkrankten, insbesondere fieberhaft erkrankten Schweine, sowie jede Änderung anzuzeigen.
2. Schweinehalter haben sicherzustellen, dass
  - a) gehaltene Schweine so abgesondert werden, dass sie nicht mit Wildschweinen in Berührung kommen können.
  - b) geeignete Desinfektionsmöglichkeiten an den Ein- und Ausgängen der Ställe oder sonstigen Standorten eingerichtet werden.
  - c) verwendete und erkrankte Schweine, bei denen der Verdacht auf Schweinepest oder Afrikanische Schweinepest nicht ausgeschlossen werden kann, nach näherer Anweisung der zuständigen Behörde serologisch oder virologisch auf Afrikanische Schweinepest untersucht werden.
  - d) Futter, Einstreu und sonstige Gegenstände, mit denen Schweine in Berührung kommen können, für Wildschweine unzugänglich aufbewahrt werden.
  - e) Hunde das Betriebsgelände nur unter Aufsicht verlassen.
3. Freiland- und Auslaufhaltungen sind verboten.
4. Auf öffentlichen oder privaten Straßen oder Wegen, ausgenommen auf betrieblichen Wegen, dürfen Schweine nicht getrieben werden.
5. Schweine dürfen aus einem Betrieb im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) nicht verbracht werden. Dies umfasst auch das unmittelbare Verbringen in eine Schlachtstätte außerhalb der Sperrzone. Mögliche Ausnahmen sind bei der zuständigen Veterinärbehörde zu beantragen.
6. Frisches Schweinefleisch, Schweinefleischerzeugnisse sowie tierische Neben- und Folgeprodukte von Schweinen dürfen nicht aus dem gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) verbracht werden. Mögliche Ausnahmen sind bei der zuständigen Veterinärbehörde zu beantragen.
7. Zuchtmaterial (Sperma, Eizellen und Embryonen) von Schweinen die im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) gehalten wurden, dürfen nicht aus dem gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) verbracht werden. Mögliche Ausnahmen sind bei der zuständigen Veterinärbehörde zu beantragen.
8. Gras, Heu und Stroh, das im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) gewonnen worden ist, darf nicht zur Verfütterung an oder als Einstreu oder Beschäftigungsmaterial

für Schweine verwendet werden. Dies gilt nicht für Gras, Heu und Stroh, das früher als sechs Monate vor der Festlegung des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II) gewonnen worden ist, vor der Verwendung mindestens für sechs Monate vor Wildschweinen sicher geschützt gelagert oder für mindestens 30 Minuten einer Hitzebehandlung bei mindestens 70°C unterzogen wurde.

**Hinweise:**

Empfehlungen zur Sicherung des Betriebes können zum Beispiel der Checkliste des Friedrich-Loeffler-Instituts zur Vermeidung der Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Schweine haltende Betriebe entnommen werden:

[https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar\\_derivate\\_00014697/Checkliste-ASP-2018-07-20.pdf](https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar_derivate_00014697/Checkliste-ASP-2018-07-20.pdf)

Hinweise des Friedrich-Loeffler-Instituts zur ASP Früherkennung:

[https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar\\_derivate\\_00016548/ASP\\_Bilder\\_Hausschwein-K.pdf](https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar_derivate_00016548/ASP_Bilder_Hausschwein-K.pdf)

**II. Regeln für Jagdausübungsberechtigte**

1. Die Jagd auf Wild, auch auf Schwarzwild, darf mit folgenden Einschränkungen erfolgen:
  - Die Ausübung der Jagd unter Einsatz von Jagdhunden zum Stöbern sowie von Jagdhelfern (Treibern) zur aktiven Beunruhigung des Wildes ist untersagt. Die Einzeljagd, gemeinschaftliches Jagen ohne Jagdhunde- und Treibereinsatz (Gemeinschaftsansätze), die Fangjagd sowie Nachsuchearbeit mit Jagdhunden sind erlaubt. Die Landesdirektion Sachsen kann auf Antrag Ausnahmen von dieser Einschränkung genehmigen und diesbezüglich Auflagen erteilen. Anträge können schriftlich über das örtlich zuständige Landratsamt gestellt werden, welches die Anträge mit einer Stellungnahme des Landkreises weiterleitet.
2. Die verstärkte Bejagung von Wildschweinen ist angeordnet. Die Jagdausübungsberechtigten sind zur Mitwirkung verpflichtet und erhalten dafür eine Aufwandsentschädigung von **150,00 Euro** für jedes erlegte, gekennzeichnete, beprobte und der unschädlichen Beseitigung zugeführte Stück Schwarzwild. Der Antrag ist beim Landratsamt zu stellen. Eignet sich der Jagdausübungsberechtigte das Wildbret eines gesund erlegten Wildschweines an, erhält er statt den vorgenannten 150,00 Euro eine verringerte Aufwandsentschädigung für die Anzeige, Kennzeichnung, Probennahme und Beseitigung von Aufbruch und Schwarte, nach Ziffer 7 der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020, Az.: 25-5133/32/66 zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten.

3. Das Verbringen von lebenden Wildschweinen, in im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) erlegten Wildschweinen bzw. von frischem Wildschweinefleisch, Wildschweinefleischerzeugnissen und sonstigen Neben- und Folgeprodukten innerhalb und aus dem gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) heraus ist verboten. Das örtlich zuständige Landratsamt kann unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen für das Verbringen innerhalb des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II) und – für verarbeitete Wildschweinefleischerzeugnisse – aus der Sperrzone hinaus, genehmigen.  
Nicht verboten ist das Verbringen erlegter Wildschweine vom Erlegungsort zur Entsorgung an einen vom örtlich zuständigen Landratsamt bestimmten Kadaversammel- punkt oder direkt in eine Wildkammer, die innerhalb des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II) liegt.
  4. Die **Fallwildsuche** im gefährdeten Gebiet wird fortgeführt. Die Koordination dieser Maßnahme obliegt dem Landratsamt. Die Jagdausübungsberechtigten haben im Rahmen ihrer örtlichen Zuständigkeit mitzuwirken. Dies betrifft die eigenverantwortliche, intensive Suche nach verendeten Wildschweinen im eigenen Revier (verstärkte Fallwildsuche) und die Mitwirkung bei vom Landratsamt organisierten Suchaktionen im Rahmen der Möglichkeiten der Jagdausübungsberechtigten. Werden bei der Fallwildsuche vom Landratsamt benannte Personen eingesetzt, haben die Jagdausübungsberechtigten diese in ihrem Revier zu dulden.
  5. Jedes verendet aufgefundene Wildschwein ist unter Angabe des Fundortes beim Landratsamt anzuzeigen (**Anzeigezeigepflicht von Fallwild**). Die Jagdausübungsberechtigten haben nach ihren Möglichkeiten bei der Kennzeichnung, der Entnahme von Proben zur Untersuchung auf ASP sowie bei der Bergung und Beseitigung Tierkörper nach näherer Anweisung des Landratsamtes mitzuwirken oder die Durchführung dieser Maßnahmen zu dulden.  
Für die Anzeige wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von **30,00 Euro** je Wildschwein gewährt. Darüber hinaus wird für die Mitwirkung bei der Bergung und Beseitigung eine Aufwandsentschädigung in Höhe von **30,00 Euro** je Wildschwein gewährt. Der Antrag ist beim Landratsamt zu stellen. Die Aufwandsentschädigung wird nur einmal pro Wildschwein gezahlt.
  6. Jagdausübungsberechtigte haben Hunde und Gegenstände, die bei der Jagd oder bei der Fallwildsuche verwendet werden, soweit sie mit Wildschweinen oder Teilen von Wildschweinen in Berührung gekommen sind, nach näherer Anweisung Landratsamts zu reinigen und zu desinfizieren.
  7. Lebende Wildschweine dürfen aus dem gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) nicht verbracht werden.
  8. Jagdausübungsberechtigte haben Hunde und Gegenstände, die bei der Jagd verwendet werden, soweit sie mit Wildschweinen oder Teilen von Wildschweinen in Berührung gekommen sind nach näherer Anweisung des zuständigen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes zu reinigen und zu desinfizieren.
  9. Tierische Nebenprodukte und Folgeprodukte von Wildschweinen aus dem gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) dürfen innergemeinschaftlich nicht verbracht oder ausgeführt werden.
- Hinweis:**
- Im Einzelfall und beim Vorliegen der in der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 näher bezeichneten Voraussetzungen können die jeweils örtlich zuständigen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter Ausnahmen genehmigen bezüglich:
- des Verbringens lebender Schweine;
  - des Verbringens von frischem Schweinefleisch und Schweinefleischerzeugnissen;
  - des Verbringens von Sperma, Eizellen und Embryonen;
  - des Verbringens von tierischen Nebenprodukten von Schweinen;
  - des Verbringens von Fleisch und Fleischerzeugnissen von Wildschweinen;
- III. Regeln für die Allgemeinheit:**
1. Für Hunde besteht Leinenzwang.
  2. Personen, die mit Wildschweinen in Berührung gekommen sind, haben Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen nach näherer Anweisung des zuständigen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramtes durchzuführen.
  3. Hunde sind soweit sie mit Wildschweinen oder Teilen von Wildschweinen in Berührung gekommen sind durch ihren Halter nach näherer Anweisung des zuständigen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramtes zu reinigen und zu desinfizieren.
  4. Teile erlegter oder verendet aufgefundener Wildschweine sowie Gegenstände, mit denen Wildschweine in Berührung gekommen sein können, dürfen nicht in einen schweinehaltenden Betrieb verbracht werden.
- Funktion dieses Merkblattes ist es, die wesentlichen Vorgaben übersichtlich und zusammengefasst darzustellen. Rechtsverbindlich sind ausschließlich die gesetzlichen Regelungen, die Allgemeinverfügungen der Landesdirektion Sachsen sowie die amtlichen Anordnungen der zuständigen Landratsämter.

**Andere Behörden und Körperschaften**  
**Bekanntmachung**  
**des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft**  
**und Geologie**  
**und des Staatsbetriebes Sachsenforst**  
**über die Termine für die Anmeldung und die Teilnahme an den**  
**beruflichen Prüfungen in der Landwirtschaft, im Gartenbau,**  
**in der Forstwirtschaft und in der Hauswirtschaft**

**Vom 7. Juli 2021**

Das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie als zuständige Stelle für die Berufe in der Landwirtschaft, im Gartenbau und in der Hauswirtschaft und der Staatsbetrieb Sachsenforst als zuständige Stelle für den Beruf Forstwirt/in nach § 1 Absatz 1 der Gemeinsamen Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und der Sächsischen Staatsministerien der Finanzen, des Innern, der Justiz, für Kultus, für Soziales und Verbraucherschutz, für Umwelt und Landwirtschaft, für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie für Wissenschaft und Kunst zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes, des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes und der Sächsischen Ausführungsverordnung zum Berufsbildungsgesetz und zu den Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzen in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 167), die zuletzt durch die Verordnung vom 24. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 323) geändert worden ist, geben für die einzelnen beruflichen Prüfungen die folgenden Anmelde- und Prüfungstermine bekannt:

1. Anmeldetermin für die Meisterprüfungen 2022 in den Berufen der Landwirtschaft, der Hauswirtschaft und des Gartenbaus:  
bis 1. Oktober 2021
2. Anmeldetermin für die beruflichen Abschlussprüfungen im Winter 2022 in den Berufen der Landwirtschaft, der Hauswirtschaft, des Gartenbaus und der Forstwirtschaft:  
bis 1. Oktober 2021
3. Anmeldetermin für die beruflichen Zwischenprüfungen im Frühjahr 2022 in den Berufen der Landwirtschaft, der Hauswirtschaft, des Gartenbaus und der Forstwirtschaft:  
bis 3. Januar 2022
4. Anmeldetermin für die beruflichen Abschlussprüfungen im Sommer 2022 in den Berufen der Landwirtschaft, der Hauswirtschaft, des Gartenbaus und der Forstwirtschaft:  
bis 1. Februar 2022

5. Prüfungstermine für die schriftlichen Teile in den beruflichen Abschlussprüfungen im Winter 2022:
  - Berufe Landwirt/in, Hauswirtschaftler/in, Gärtner/in, Tierwirt/in, Pferdewirt/in, Fischwirt/in, Fachpraktiker/in Landwirtschaft, Fachpraktiker/in Hauswirtschaft, Fachpraktiker/in Gartenbau  
am 26. Januar 2022
  - Beruf Fachkraft Agrarservice  
am 26./27. Januar 2022
  - Beruf Forstwirt/in  
am 28. Februar 2022
6. Prüfungstermine für die schriftlichen Teile der beruflichen Zwischenprüfungen im Frühjahr 2022:
  - Berufe Landwirt/in, Hauswirtschaftler/in, Gärtner/in, Tierwirt/in, Fachkraft Agrarservice, Pferdewirt/in  
am 9. März 2022
  - Berufe Fachpraktiker/in Landwirtschaft, Fachpraktiker/in Hauswirtschaft, Fachpraktiker/in Gartenbau  
am 10. März 2022
  - Beruf Forstwirt/in  
am 20. Juni 2022
  - Beruf Fischwirt/in  
am 10. Mai 2022
7. Prüfungstermine für die schriftlichen Teile der beruflichen Abschlussprüfungen im Sommer 2022:
  - Berufe Landwirt/in, Hauswirtschaftler/in, Gärtner/in, Tierwirt/in, Pferdewirt/in, Fischwirt/in  
am 8. Juni 2022
  - Beruf Fachkraft Agrarservice  
am 8./9. Juni 2022
  - Berufe Fachpraktiker/in Landwirtschaft, Fachpraktiker/in Hauswirtschaft, Fachpraktiker/in Gartenbau  
am 9. Juni 2022
  - Beruf Forstwirt/in  
am 7. Juli 2022.

Die Anmeldungen in den Berufen Landwirt/in, Hauswirtschaftler/in, Gärtner/in, Winzer/in, Tierwirt/in, Pferdewirt/in, Fachkraft Agrarservice, Fachpraktiker/in Landwirtschaft, Fachpraktiker/in Hauswirtschaft und Fachpraktiker/in Gartenbau sind an die jeweils zuständigen Bildungsberater/innen laut § 76 des Berufsbildungsgesetzes in den Landrats-

ämtern, im Beruf Revierjäger/in und die Meisterprüfungen an das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (Referat 91 – Pillnitzer Platz 3 01326 Dresden), in den Berufen Milchtechnologe/in und Milchwirtschaftliche/r Laborant/in an das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (Referat 92 – Pillnitzer Platz 3,

01326 Dresden) und im Beruf Fischwirt/in an das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (Referat 76 – Gutsstraße 1, 02699 Königswartha) zu richten. Im Beruf Forstwirt/in erfolgt die Anmeldung beim Staatsbetrieb Sachsenforst, Forstliche Ausbildungsstätte Morgenröthe, Markersbachstraße 3 in 08262 Morgenröthe-Rautenkranz.

Dresden, den 5. Juli 2021

Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie  
Norbert Eichkorn  
Präsident

Pirna, den 7. Juli 2021

Staatsbetrieb Sachsenforst  
Mike Eller  
Stellvertretender Geschäftsführer

# **Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Trinkwasserzweckverbandes „Kamenz“**

**Vom 20. April 2021**

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Trinkwasserzweckverband „Kamenz“ hat mit Bescheid vom 20. April 2021 (Az.: 15.2-093.1101:04-TZV-KM<30.09.2020) auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

„Die am 30. September 2020 von der Versammlung des Trinkwasserzweckverbandes „Kamenz“ beschlossene Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Trinkwasserzweckverbandes „Kamenz“ vom 10. Juni 2004 wird genehmigt.“

Die Änderungssatzung zur Verbandssatzung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 20. April 2021

Landratsamt Bautzen  
Michael Harig  
Landrat

## **Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Trinkwasserzweckverbandes „Kamenz“**

Auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 und des § 26 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. Seite 270) hat die Versammlung des Trinkwasserzweckverbandes „Kamenz“ am 30. September 2020 folgende Änderung der Verbandssatzung vom 10. Juni 2004 (SächsABl. Seite 770) in der Fassung der Änderungssatzungen vom 21. Dezember 2004 (SächsABl. 2005 Seite 63), 30. August 2005 (SächsABl. Seite 1031), 3. Juli 2006 (SächsABl. Seite 717), 18. April 2007 (SächsABl. Seite 716), 8. Dezember 2008 (SächsABl. 2009 Seite 313), 26. Januar 2012 (SächsABl. Seite 633), 3. Dezember 2014 (SächsABl. 2015 Seite 623), 25. November 2015 (SächsABl. 2020 Seite 787), 29. November 2017 (SächsABl. 2018 Seite 1384), 22. März 2018 (SächsABl. Seite ...), 27. Februar 2019 (SächsABl. Seite 1620), 27. Juni 2019 (SächsABl. Seite 1222), 18. September 2019 (SächsABl. Seite 1863) und 27. November 2019 (SächsABl. ... Seite ...) beschlossen:

### **Artikel 1 Änderungen**

Der Absatz 1 des § 1 – Verbandsmitglieder – erhält folgende neue Fassung:

(1) Die nachfolgend aufgeführten Städte und Gemeinden bilden einen Zweckverband im Sinne des SächsKomZG:

Bernsdorf  
Crostitz  
Elsterheide  
Elstra  
Haselbachtal  
Kamenz  
Königsbrück  
Laußnitz  
Lauta  
Lohsa  
Nebelschütz  
Neukirch  
Oßling  
Panschwitz-Kuckau  
Räckelwitz  
Ralbitz-Rosenthal  
Schwepnitz  
Wittichenau

Der Absatz 2 des § 6 – Zusammensetzung der Verbandsversammlung – erhält folgende neue Fassung:

(2) Die Verbandsmitglieder haben folgende Stimmen:

Bernsdorf	7
Crostwitz	2
Elsterheide	4
Elstra	3
Haselbachtal	5
Kamenz	17
Königsbrück	5
Laußnitz	2
Lauta	9
Lohsa	2
Nebelschütz	2
Neukirch	2
Oßling	3
Panschwitz-Kuckau	3
Räckelwitz	2
Ralbitz-Rosenthal	2
Schwepnitz	3
Wittichenau	6

In Absatz 3 Satz 1 des § 16 – Öffentliche Bekanntmachungen – wird hinter dem Wort Zweckverbandes das Wort „an“ durch das Wort „An“ ersetzt.

In Absatz 2 Satz 1 des § 17 – Auflösung – wird das Wort „Beteiligten“ durch das Wort „beteiligten“ ersetzt.

## Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Kamenz, den 30. September 2020

Trinkwasserzweckverband „Kamenz“  
Koark  
Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale

nale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 52 Absatz 2 Sätze 2 bis 5 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3) oder 4) geltend gemacht worden, kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Kamenz, den 30. September 2020

Koark  
Verbandsvorsitzender

---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 4 85 26 0  
Telefax: 0351 4 85 26 61  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

22. Juli 2021

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 